

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 30. September 2013

Verfasser: Christoph Ziegler, Elgg

Geschäftsberichte Kantonsspital Winterthur und Universitätsspital Zürich (Christoph Ziegler und Denise Wahlen)

Die Geschäftsberichte der beiden Spitäler werden genehmigt und die gute Arbeit verdankt. Dabei wird auch in die Zukunft geschaut. Beim KSW wird eine Privatisierungsvorlage des Regierungsrats dem Kantonsrat nächstens vorgelegt. Beim USZ steht ein Investitionsstau an. Beide Spitäler haben mit Rekrutierungsproblemen beim Personal zu kämpfen.

Publikationspflicht über externe Aufträge (Michael Zeugin)

Die Motionärin erachtet die Informationen der Regierung über externe Aufträge als ungenügend. Wir beurteilen diese Motion aber vor allem als Zunahme von Bürokratie und sind kritisch gegenüber der geforderten, zu hohen Informationsdichte (Informationspflicht und Begründung für alle Beiträge über 10'000.-). Dies schiesst über das Ziel hinaus. Mit Stichentscheid des Ratspräsidenten wird die Motion trotzdem überwiesen.

Postulat für Good Governance (Benno Scherrer)

Eine stärkere zentrale Steuerung (durch den gesamten Regierungsrat) von Entscheiden der verschiedenen Direktionen wird angestrebt. Anlass für dieses Postulat ist der Bericht der PUK BVK, welcher aufgezeigt hat, dass die einzelnen Direktionen vorwiegend nur ihre «Gärtchen» pflegen und der Informationsfluss über bedeutende Gegebenheiten bis zum Gesamtregierungsrat oft nicht sichergestellt ist. Dieses Postulat zielt in eine ähnliche Richtung wie unsere beiden folgenden. Die Grünliberalen stimmen auch deshalb dem Postulat zu. Da alle Parteien mit Regierungsräten finden, diese würden einen guten Job machen, wird das Postulat klar abgelehnt.

Offenlegung der Interessenbindung der Regierungsräte klar befürwortet (Rahel Walti)

Der Regierungsrat war bereit, unser Postulat entgegenzunehmen. Die SVP hat aber eine Diskussion verlangt. Alle anderen Parteien folgen unser Argumentation, dass eine Übersicht der einzelnen Interessensbedingungen unserer Regierungsräte fehlt (im Gegensatz zum Beispiel zum Kanton Aargau). Sie könnte ohne Probleme erstellt werden. Transparenz kann in diesem Fall das Vertrauen in Regierung stärken. Das Postulat wird mit 119 Stimmen überwiesen.

Priorisierung und Reduktion der Aufgaben der Regierungsräte leider abgelehnt (Benno Scherrer)

Einer der Schlüsse aus dem Bericht der PUK BVK ist, dass der Regierungsrat mit seiner Vielzahl an Aufgaben manchmal überfordert ist und dass daher für die wichtigen strategischen Aufgaben zu wenig Zeit bleibt. Eine Überprüfung und Priorisierung - wie im Postulat gefordert - ist hier deshalb nötig und wird vom Regierungsrat auch begrüsst. Eine Überweisung des Postulats wird aber vor allem von den Regierungsparteien (FDP, SVP, Grüne) abgelehnt.

Kanton gefährdet Grüne Perle im Sihltal (Rahel Walti)

Mit diesem dringlichen Postulat von Rahel Walti wird der Regierungsrat aufgefordert, an der vor fünf Jahren erlassenen Schutzverordnung Sihlwald festzuhalten und insbesondere die Kernzone unverändert zu schützen. Man fürchtet, dass zum Beispiel neue Rad-, Reit- und Fusswege die Naturschutzzone (und das Label „Naturerlebnispark – Park von nationaler Bedeutung“) gefährden. Das Postulat wird mit 89 zu 79 Stimmen abgelehnt.

Genehmigung des Zusammenschlusses von Bertschikon und Wiesendangen

Erstmals seit 1934 fusionieren im Kanton Zürich zwei politische Gemeinden. Weitere werden sicher folgen.

Sanktionswesen in der Sozialhilfe wird nicht verschärft (Cyrill von Planta)

Der Regierungsrat sollte beauftragt werden, die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) zu veranlassen, die maximale Sanktionskürzung auf 33% festzulegen. Die Obergrenze ist heute bei 15% festgelegt und reicht nicht aus, um eine echte Verhaltensänderung von SozialhilfebezügerInnen zu bewirken. Die SKOS-Richtlinien schützen die SozialhilfebezügerInnen vor behördlichem Missbrauch, weshalb bei diesem Postulat nicht von einschneidenden, sondern eben von sinnvollen Kürzungen gesprochen werden kann. Mit 87 zu 74 Stimmen wird das Postulat entgegen unserer Position abgelehnt.

Kurse in heimatlicher Sprache und Kultur werden vom Kanton nicht finanziell unterstützt (Andreas Erdin)

Die PI will, dass sich der Kanton an den Kosten solcher Kurse beteiligt, damit vor allem auch „exotische“ Sprachen (Japanisch, Niederländisch etc.) angeboten werden können. Wie die Mehrheit des Rates finden auch wir Grünliberalen, dass solche Kurse nicht durch die Volksschule finanziert werden sollen.

Das letzte Wort dem Volk (Benno Scherrer)

Das Gesetz über die politischen Rechte soll so geändert werden, dass nach angenommenen Volksinitiativen, die als allgemeine Anregung eingereicht wurden, die Umsetzungsvorlage des Regierungsrates und ein allfälliger Gegenvorschlag des Parlaments dem Volk vorgelegt werden, auch wenn das Parlament nicht zustimmt.

Das Problem hat sich bei der Kulturlandinitiative gezeigt. Die Regierung hat eine Umsetzungsvorlage erarbeitet – und empfiehlt deren Ablehnung. Bis 2009 wurde eine Umsetzungsvorlage ohnehin dem Volk unterbreitet, jetzt nicht mehr, wenn das Parlament eine solche Vorlage auch ablehnt

Wir sollten das ändern – und mit 85 Stimmen wurde diese Initiative überwiesen.

Christoph Ziegler